



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
6. November 1950

P/V/259

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Lage in Korea	S.1
Warum es in Puerto Rico zum Aufstand kam	S.3
Der "Dokumentationsdienst" des Bundestags	S.5
Die Ost-Aufgabe des Rundfunks	S.6

Der bedrängte McArthur

=====

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Noch immer spricht man im Hauptquartier McArthurs von "Einheiten landfremder kommunistischer Truppen", die über den Yalu-Fluss nach Nord-Korea vordringen. Man vermeidet es - und muss das aus politischen Gründen vorläufig noch weiter tun - von einem regelrechten Auftauchen einer neuen Macht auf dem Kriegsschauplatz zu sprechen, nämlich der rotchinesischen Armee. Inoffiziell kann man hören, dass es sich um mindestens sechs chinesische Divisionen handelt, die der 39. und 40. chinesischen Armee angehören. Ob McArthur das am Anfang nicht glauben wollte, oder ob er sich in der Angriffskraft dieses neuen Gegners täuschte - Tatsache ist, dass die militärische Lage in Nordkorea nun ein völlig anderes Gesicht zeigt als noch vor zehn Tagen.

Da nicht anzunehmen ist, dass Mao-Tse-Tung sechs Divisionen nur für eine Demonstration, für eine politische Geste mobilisiert und über die Grenze schiekt, ist in den nächsten Tagen mit weiteren unangenehmen Nachrichten vom Kriegsschauplatz zu rechnen. McArthurs Truppen, die nach der Einnahme von Pyöngyang die Nordkoreaner verfolgten, sind nicht nach Operationsplänen in die Grenzregion gelangt, sondern ausschliesslich nach dem Gedanken, die relativ lange Grenze Nordkoreas sowohl gegen die Mandschurei als auch gegen das russische Territorium im Norden zu besetzen, wobei man natürlich mit keinem besonderen Widerstand mehr gerechnet hat. Jetzt steht man plötzlich - fast möchte man sagen: planlos - vor einem Gegner, der an Schwerpunkten mit Übergewicht auftritt und bestimmte operative Absichten zu erkennen gibt. Während die Truppen McArthurs unter den früheren Gesichtspunkten zersplittert wurden, geht der Gegner konzentrisch und nach einem offensichtlich von langer Hand

vorbereiteten Plan vor. Die Anfangserfolge des Gegners haben in die Gesamtfrent McArthurs schon solche Keile getrieben, dass der Oberbefehlshaber der UNO-Truppen nicht mehr in der Lage ist, seine Maßnahmen an Ort und Stelle der neuen Lage anzupassen, d.h. die Truppen an den bedrohten Stellen zusammenzuziehen und so örtliche Unterlegenheiten auszugleichen. McArthur wird seine Truppen an einem südlicher gelegenen Punkt konzentrieren müssen; das bedeutet, auf der ganzen Front zum Rückzug zu blasen und in einem vom Gegner ungestörten Terrain die erforderliche Konzentration vorzunehmen. Wenn die Offensive der Nordkoreaner (richtiger gesagt: der Rotchinesen) nicht allzugrosse Erfolge erringt, dürfte der Punkt für eine Sammlung der UNO-Kräfte mit verkehrter Front die seinerzeitige Verteidigungsstellung der Nordkoreaner in der "Wespentaille" Koreas, die Linie zwischen Wonsan und Pyöngyang sein. Gelingt es McArthur, seine Truppen möglichst unverehrt auf diese Linien zurückzunehmen, dann kann eine grössere Katastrophe vermieden werden. Es wird nicht leicht sein, weil einzelne grössere Einheiten der UNO-Truppen heute noch weitab von den wichtigsten Punkten operieren, so z.B. die 7. Inf. Div., die vor kurzem bei Inon an der Nordostküste gelandet wurde.

Nicht nur zahlenmässig beginnen die Kommunisten aufzuholen, auch die materielle Überlegenheit der UNO-Truppen wird allmählich ausgeglichen. Hierfür gibt es zwei besondere Merkmale. Einmal ist bei den Kommunisten "Raketen-Artillerie" aufgetaucht, wobei nicht klar ist, ob es sich um die aus dem zweiten Weltkrieg bekannten (und gefürchteten) "Stalin-Orgele" handelt oder um Geschütze, die den deutschen Nebelwerfern nachgemacht sind. Derartige materialverschlingende Waffen kann man nur einsetzen, wenn der Munitionsbedarf gesichert, also auch der Nachschub gewährleistet ist. Das zweite Moment ist die neue Panzer-Taktik der Kommunisten. Solange die Nordkoreaner in den Anfängen des Krieges noch über eine Panzerwaffe verfügten, benutzten sie sie meist zur Aufklärung oder zu einem begrenzten Einsatz auf kleineren Abschnitten. Jetzt finden die kommunistischen Panzer eine operative Verwendung, d.h. die Panzer werden als selbständige und entscheidende Einheiten bei raumgreifenden Operationen eingesetzt.

Schließlich werden die UNO-Truppen durch die Jahreszeit um einen ihrer grössten Vorteile, um die Luftüberlegenheit, gebracht. Aber nicht nur zur Luft kommt den Kommunisten "General Winter" zu Hilfe.

Man wird voraussichtlich in den nächsten Tagen mit einem entsprechenden Exposee McArthurs an die UNO rechnen müssen. Quintessenz dieses Exposees dürfte der Ruf nach neuen Divisionen sein. Man wird aber dann nicht mehr von einem Korea-Feldzug sprechen können.

Das "Inselparadies von Puerto Rico"

P.H. Der Attentatsversuch zweier Nationalisten des "Inselparadieses Puerto Rico", so genannt in den Reiseprospekten der grossen nordamerikanischen Touristengesellschaften, auf Präsident Truman und der Aufstand in Puerto Rico lenken die Blicke auf die ungelösten Territorial- und Rassenprobleme der Karibischen See. Denn Puerto Rico ist kein Sonderfall und die Unabhängigkeitsbewegung im Karibischen Raum, auf der Inselwelt der grossen und kleinen Antillen und westindischen Inseln, ist nicht auf Puerto Rico beschränkt. Sie ist in der ganzen Inselwelt vorhanden, ob sie nordamerikanischer oder englischer, französischer oder holländischer Besitz sind. In das nationale Problem eingebettet aber ist die soziale Frage. Der nationale Kampf jener Mischbevölkerung aus Indianerresten, Negern, Spaniern und Seeräubern aus aller Herren Welt ist in hohem Masse ein Klassenkampf des einheimischen Lohnarbeitertums und der einheimischen Intellektuellen-schicht gegen das nordamerikanische und europäische Grosskapital.

Vom ganzen amerikanischen Kontinent ist jenes Inselgebiet das einzige, das bei den grossen Revolutionen und demokratischen Umwälzungen im Schatten verblieb. Weder vor einundeinemhalben Jahrhundert, als Südamerika unter dem Eindruck der französischen Revolution das spanische Joch abschüttelte, noch nach dem ersten Weltkrieg, als eine Welle der Demokratisierung durch die Welt ging, gelang es den karibischen Inseln, Unabhängigkeit oder auch nur demokratische Selbstverwaltung zu erringen. Man hat um die Unabhängigkeit gekämpft, immer hat man gekämpft, zuerst gegen die Spanier, dann gegen die Engländer, schliesslich gegen die Nordamerikaner; Aufstände gegen Holländer und Dänen (die früher auch einige dieser Inseln besaßen) bilden die Geschichte der Inselwelt - und Niederlagen und Unterwerfung. In Blut erstickten die Franzosen den Versuch der Neger von Martinique, sich selbständig zu machen, auf der holländischen Insel Curacao steht noch die alte Festung, in der man die "Anführer" zu Tode räderte; die frühere dänische, jetzt nordamerikanische Insel San. Thomas hisste zweimal eine eigene nationale Fahne, und Puerto Rico erklärte 1816 schon zusammen mit den übrigen lateinamerikanischen Republiken seine nationale Unabhängigkeit. Aber immer scheiterten diese Aufstände und noch bis zum ersten Weltkrieg wurden die Inseln von Hand zu Hand verschachert, ohne Befragung der Bevölkerung.

Spanien hatte 1897 Puerto Rico die Freiheit gegeben, aber trotzdem verlangte Washington nach der Niederlage Spaniens die Insel als Kriegsbeute und besetzte sie gewaltsam, auf das grausamste die Selbständigkeitsbewegung verfolgend und unterdrückend. Dänemark verkaufte noch 1916 seine drei westindischen Inseln für einige Dollarmillionen an die Vereinigten Staaten, ohne die Proteste der Inselbevölkerung, die ihre Unabhängigkeit forderte, zu beachten. Im zweiten Weltkrieg herrschte auf allen diesen Inseln um des Schutzes des Panamakanals willen eine alliierte Militärdiktatur, die zu oft blutigen Auseinandersetzungen führte.

Auf diesem Hintergrund muss man das kindische und verwerfliche Attentat sehen. Es traf gerade den Unrechten. Denn erst unter Truman hat 1947 die Insel eine wenn auch beschränkte Autonomie erhalten, wurde in freigiebigster Weise das Schulwesen ausgebaut, durch Kredite der Versuch des amerikafreundlichen Präsidenten Munoz gefördert, die Plantagenwirtschaft durch ein genossenschaftliches System zu ersetzen. Allerdings bekam das alles durch die falsche Voraussetzung, dass Puerto Rico und seine Bevölkerung "nordamerikanisches Territorium" sei, eine unsichere Grundlage. Die Amtssprache auf Puerto Rico ist englisch, die Schulen treiben proamerikanische Propaganda und versuchen, die Kinder daran zu gewöhnen, auch englisch zu sprechen - aber 80% der Bevölkerung sprechen spanisch, sind katholisch und wollen nicht USA-Bürger sein.-

Auch Truman vermochte nicht zu verhindern, dass die billige Arbeitskraft und die Käuflichkeit der amerikafreundlichen autonomen Verwaltung vom nordamerikanischen Kapital schrankenlos ausgebeutet wurde. Eine Unzahl nordamerikanischer Grossfirmen hat Puerto Rico "industrialisiert" - mit zwölfjähriger Steuerfreiheit und bei Bezahlung der niedrigsten Plantagenlöhne, die von der amerikafreundlichen Verwaltung als "Lohnnorm" festgelegt wurden, um das nordamerikanische Kapital auf die Insel zu locken. -

Was für Puerto Rico gilt, gilt für den Grossteil der caribischen Inselwelt. Der Grossteil der Bevölkerung fühlt sich mit der lateinamerikanischen Welt, obwohl man Spanien jahrhundertlang bekämpfte, verbunden, die Reichtümer der Inseln befinden sich durchweg in nordamerikanischen oder europäischen Händen, der Touristenstrom mit seinen Luxushotels trägt nur dazu bei, dem Einheimischen seine Armut noch schmerzlicher fühlen zu lassen.

Das Gehirn des Parlaments

-nn. Der Bundestag steht im Begriff, sich eine Einrichtung zu schaffen, die man die sprechende und schreibende Handbibliothek des Parlaments genannt hat. Offiziell wird von einem "Dokumentationsdienst" gesprochen, der die Aufgabe haben soll, das im eigenen Hause und bei allen erreichbaren Stellen angehäufte Wissen für die praktische Arbeit der Abgeordneten verwertbar zu machen. Dieses "Gehirn" des Parlaments geht auf amerikanische Vorbilder zurück. In den Vereinigten Staaten besteht nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch bei den parlamentarischen Instanzen der einzelnen Staaten ein Gesetzgebungsdienst, der nicht nur eine grosse Materialsammlung über alle Gebiete des öffentlichen Interesses umfasst, sondern den Abgeordneten auch mit wissenschaftlichen Analysen und Gutachten zu bestimmten Fragen zur Hand geht. Sozialdemokratische Abgeordnete des Bundestages, die gelegentlich eines Studienaufenthaltes in den Vereinigten Staaten diesen Dienst kennengelernt hatten, machten sich nach Rückkehr sofort an die Ausarbeitung eines interfraktionellen Antrags, der die Schaffung einer ähnlichen Einrichtung beim Bundestag vorsieht. Monate sind inzwischen vergangen, doch kann jetzt die Annahme dieses Antrags als gesichert angesehen werden, nachdem vor allem die CDU ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben hat.

Man würde dem Vorhaben nicht gerecht werden, wollte man darin nichts weiter als eine geistige Stütze in Gestalt eines Archivs für die Parlamentarier sehen. Tatsächlich handelt es sich darum, dem Parlament durch die Beiförderung hervorragender Spezialisten die Erfüllung seiner wichtigsten Aufgabe zu ermöglichen, nämlich Gesetze zu schaffen. Die überall in der Welt zu beobachtende Erscheinung, dass die gesetzgebenden Körperschaften von der Exekutive abhängig werden, ist in Bonn besonders krass hervorgetreten. Widerspricht es schon der Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive, dass sich das Parlament bei allen grossen Gesetzen von der Regierung abhängig machte, so trat noch der groteske Fall hinzu, dass diese Bundesregierung sich in einigen Fällen sogar weigerte, einen vom Bundestag erteilten Auftrag zur Vorbereitung eines Gesetzes Folge zu leisten. Davon abgesehen, bleibt die Volksvertretung auch bei eigenen Gesetzentwürfen praktisch in der Hand der Ministerialbürokratie, wenn sie nicht über das materielle Wissen verfügt, um ihre politischen Absichten zu unter-

modern. Es erscheint daher nicht übertrieben, wenn gesagt wird, dass der Dokumentationsdienst geeignet sein wird, das Selbstbewusstsein, die Rechte und das Ansehen des Parlaments zu stärken.

Die Urheber des Planes sind sich darüber klar, dass die verhältnismäßig hohen Ausgaben für die Einrichtung nur vertretbar sind, wenn der Dienst auch funktioniert. Voraussetzung dafür aber ist, dass hochqualifizierte Spezialisten herangezogen werden, die die einzelnen Fachgebiete der parlamentarischen Arbeit hervorragend beherrschen. Sinn hat der Plan nur, wenn der Dienst zuverlässig, unabhängig und politisch völlig neutral ist. Das Material, das den Abgeordneten in die Hand gegeben wird, muss das Für und Wider sachlich und ohne die geringste politische Absicht abwägen. Nur dann wird ein fundiertes politisches Urteil in der Volksvertretung möglich sein. Wenn noch Zweifel an der Dringlichkeit dieses Dienstes bestanden haben, so dürften die Vorgänge im Korruptionsausschuss zeigen, wie wichtig die Unabhängigkeit des Parlaments sowohl von der Ministerialbürokratie wie von den Interessengruppen ist. Jener Vertreter der Erdölindustrie hatte sich auch mit Material über die Wirtschaftslage seines Gebiets an die Abgeordneten gewandt, um aufklärend zu wirken, aber es war nur ein kleiner Schritt, dass diese Aufklärung durch erhebliche Geldzuwendungen in eine Bestechung gerade des Abgeordneten ausartete, der vom Parlament den Vertrauensauftrag einer sachlichen Untersuchung erhalten hatte.

Die Ost-Aufgabe des Rundfunks

J.F.W. Daß man die Gemeinschaftssendungen "Hier spricht Deutschland", die der westdeutsche Rundfunk vor der Scheinwahl vom 15. Oktober durchführte, nach der "Wahl" einstellte, wurde allgemein tief bedauert. Mit ihrem Wunsch, diese Sendungen wieder aufzunehmen und zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen, fand die SPD bei den meisten Intendanten ein erfreuliches Verständnis.

Auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten, die in den nächsten Tagen in Frankfurt stattfindet, wird über die Wiederaufnahme dieser Sendereihe beraten werden. Es wäre zu hoffen, dass auch die Verantwortlichen des Rundfunks, die heute noch zögern, sich zu diesem Gemeinschaftswerk zu bekennen, sich ihrer Verpflichtungen nicht nur gegenüber dem eigenen Sendegebiet, sondern gegenüber allen deutschen

Hörern bewusst werden. Aus den Möglichkeiten des Rundfunks, Zonengrenzen ignorieren zu können, erwächst eine politische Verantwortung, vor der alle Bedenken eines provinziellen Programm-Egoismus schweigen müssen.

Der Wunsch, in der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten stets zu einstimmigen Beschlüssen zu kommen, ist ein gutes Zeichen kollegialen Denkens. Doch darf an einer solchen Rücksichtnahme, wenn wirklich Kirch-turmengende die Einstimmigkeit verhindern sollte, die Hilfe des Rundfunks für die Ostzone nicht scheitern.

Der Vorsitzende des zuständigen Bundestagsausschusses, der Abgeordnete Dr. Vogel, hat sich dafür eingesetzt, ein Kurzwellenprogramm für die Ostzone zu senden. Solche Kurzwellensendungen könnten das Gemeinschaftsprogramm auf der Mittelwelle zwar ergänzen, sie könnten es aber niemals ersetzen, weil ihnen u. a. auch die werbende Kraft einer Sendung fehlt, die gleichzeitig die Hörer diesseits und jenseits der Zonengrenze anspricht. Ferner fehlt es in der Ostzone für Kurzwellen-Geräte an der wichtigsten Voraussetzung, der allgemeinen Empfangsmöglichkeit. Schon normalerweise verfügen weniger als 60% der heutigen Empfangsgeräte über einen Kurzwellenbereich. In der Ostzone fielen aber den russischen Räubereien 1945 und später gerade die hochwertigen Geräte zu zehntausenden zum Opfer. Diese Lücke wurde bisher nicht geschlossen.

Eine Ostzonensendung als ständiger Programmteil des deutschen Rundfunks erfordert eine stete Zusammenarbeit der verantwortlichen Mitarbeiter, um Fehlleistungen auszuschliessen. Eine Arbeitsgemeinschaft dieser Rundfunkmänner würde sie gewährleisten. Diese Arbeitsgemeinschaft sollte ihren Sitz in Berlin haben, um aus dem engen Kontakt mit den Kräftendes Freiheitswillens, der in dieser Stadt lebt, den Vorpostengeist zu gewinnen, von dem diese Gemeinschaftssendungen getragen werden müssen.